

ARBEITEN DIE DEUTSCHEN ZU VIEL ODER ZU WENIG?

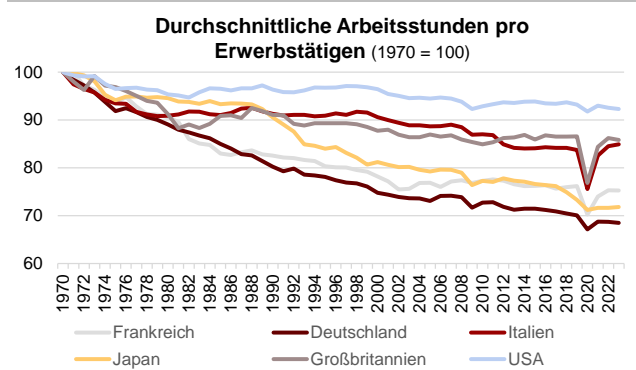
Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich in Europa seit der Corona-Pandemie deutlich erholt. Die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten liegt jedoch immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau und befindet sich in einem langfristigen Abwärtstrend, der in Deutschland besonders ausgeprägt ist. Darunter leidet das Potenzialwachstum der Wirtschaft. Maßnahmen, die das Arbeitsvolumen erhöhen könnten, sind in vielen Fällen ineffizient, unpopulär oder sogar kontraproduktiv. Hinzu kommt, dass der Trend zur Arbeitszeitverkürzung den Präferenzen der meisten Erwerbstätigen entspricht. Was mikroökonomisch für viele wünschenswert ist, wird makroökonomisch durch Wachstumseinbußen allerdings teuer erkaufte.

„Im wiedervereinigten Deutschland wurde noch nie so viel gearbeitet wie im Jahr 2023“, meldete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im April. Demnach arbeiteten die abhängig Beschäftigten in Deutschland im vergangenen Jahr insgesamt rund 55 Milliarden Stunden, drei Milliarden mehr als 1991.

Sind die Deutschen also fleißiger geworden? Setzt man die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ins Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Seit 1991 ist die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 18 Prozent gestiegen. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ist im gleichen Zeitraum um zehn Prozent gesunken. Nach den Zahlen der OECD liegt Deutschland mit 1.341 Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigen auf dem letzten Platz der OECD-Länder, wo der Durchschnitt bei 1.752 Stunden liegt.

Ein Grund für die niedrigen Arbeitsstunden pro Kopf ist die **Erwerbsbeteiligung der Frauen**, die zwischen 1991 und 2022 um 16 Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen ist. Darin spiegelt sich der gesellschaftliche Wandel vom Einverdiener- zum Zweiverdienerhaushalt wider. Allerdings wenden Frauen nach wie vor deutlich mehr Zeit für Kinderbetreuung und Hausarbeit auf als Männer. Bei der Erwerbsarbeit verhält es sich genau umgekehrt. Frauen arbeiten durchschnittlich rund 33 Stunden, Männer 40 Stunden. Mit einem Anteil von über 22 Prozent an der Gesamtbeschäftigung liegt die Teilzeitbeschäftigung in Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 16,1 Prozent.

Rückläufig ist in Deutschland auch die Zahl der Überstunden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelte für das Jahr 2023 1,3 Milliarden Überstunden, was rund 800.000 Vollzeitstellen entspricht. Im Jahr 2011 waren es allerdings noch rund zwei Milliarden Überstunden, von denen allein 1,2 Milliarden unbezahlt waren.



Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Arbeitnehmer ist nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa rückläufig. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat kürzlich in einer [Studie](#) herausgefunden, dass dieser Rückgang nicht konjunkturell bedingt, sondern strukturell ist. Damit ist diese Entwicklung einer der Hauptgründe für den Rückgang des Potenzialwachstums in Europa.

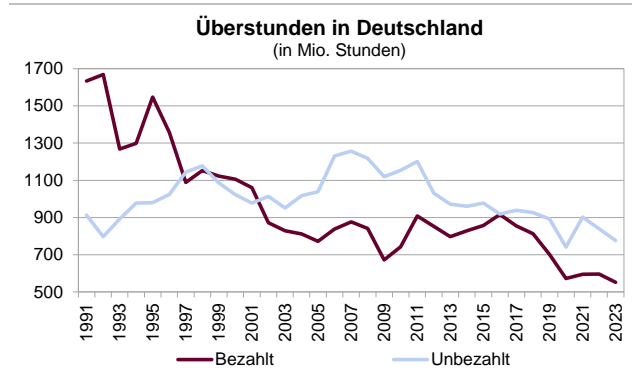
Es scheint also, dass (nicht nur) die Deutschen zu wenig arbeiten. Um mehr **Anreize für längere Arbeitszeiten** zu schaffen, hat die FDP kürzlich die Steuerfreiheit von Überstunden gefordert. Diese Idee geht jedoch nach hinten los, da sie Vollzeitbeschäftigten einen Anreiz bietet, in Teilzeit zu gehen und zusätzlich steuerfreie Überstundeneinkünfte zu kassieren. Schnell wurde der Vorschlag der FDP daher auf steuerfreie Überstunden ausschließlich für Vollzeitbeschäftigte beschränkt. Aber auch das ist wenig erfolgversprechend. Nur rund 42 Prozent aller Überstunden werden bezahlt. In Frankreich hatte die Steuerbefreiung von Überstunden keinen positiven Effekt auf das gesamte Arbeitsvolumen. Lediglich hochqualifizierte Beschäftigte leisteten mehr Überstunden, um in den Genuss der steuerlichen Vorteile zu kommen. Zu diskutieren wäre zudem, ob Überstunden nicht in vielen Fällen auf eine mangelnde Arbeitseffizienz zurückzuführen sind und daher nicht begünstigt werden sollten.

Ein relativ einfacher, aber sehr unpopulärer Vorschlag zur Verlängerung der Arbeitszeit ist die **Streichung von Feiertagen**. In Dänemark wurde letztes Jahr beschlossen, einen Feiertag zu streichen, um die steigenden Verteidigungsausgaben finanzieren zu können. Bei einem Ausfall von einem ganzen Arbeitstag pro Feiertag und 250 Arbeitstagen pro Jahr entspricht dies einem Rückgang des BIP um 0,4 Prozent pro Jahr. Da jedoch ein Teil der regulären Arbeit auf andere Tage verlagert wird und Branchen wie das Gastgewerbe und der Tourismus an einem Feiertag mehr Umsatz machen, liegt der tatsächliche Verlust an einem durchschnittlichen Feiertag nur zwischen 0,05 und 0,1 Prozent.

Zielführender ist es daher, die **Anreize für Vollzeitbeschäftigung** zu verbessern. Hier liegt in Deutschland noch vieles im Argen. Clemens Fuest, Präsident des ifo-Instituts, hat kürzlich auf die prekäre Situation gerade von Familien mit mittleren Einkommen in Städten mit hohen Lebenshaltungskosten hingewiesen. Eine vierköpfige Familie, deren Einkommen durch Mehrarbeit von 3.000 auf 5.000 Euro brutto steigt, sieht sich nicht nur mit höheren Steuern und Sozialabgaben konfrontiert, sondern wird gleichzeitig durch den Wegfall von Sozialleistungen belastet. Nach Abzug aller Abgaben bleiben von 2.000 Euro mehr brutto gerade einmal 32 Euro netto übrig.

Auch das Kinderbetreuungsangebot ist verbesserungswürdig, damit Vollzeitarbeit für Familien mit Kindern möglich wird. **Aber würden junge Mütter und Väter überhaupt mehr arbeiten, wenn die Betreuung besser wäre?** Die bereits erwähnte Studie des IWF kommt zu dem Ergebnis, dass Männer - insbesondere solche mit

kleinen Kindern - und Jugendliche die Ursache für den Rückgang der Arbeitsstunden sind. Dies scheint eine bewusste Entscheidung zu sein, da nicht nur die tatsächlich geleisteten, sondern auch die gewünschten Arbeitsstunden zurückgehen. Politische Reformen könnten zwar unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten und Frauen mit kleinen Kindern helfen, ihre tatsächlichen Arbeitsstunden auf das gewünschte Niveau anzuheben, aber der Gesamteffekt auf die durchschnittliche Arbeitszeit würde laut IWF nur 0,5 bis 1,5 Prozent betragen.



Letztlich ist der Rückgang der Arbeitszeit also weder das Ergebnis zunehmender Faulheit noch falscher Anreize, sondern eine bewusste Entscheidung der Beschäftigten. Die Ergebnisse der IWF-Studie legen nahe, dass der hohe Stellenwert der Work-Life-Balance in der jüngeren Generation die strukturelle Ursache für den Rückgang der Arbeitszeit nicht nur in Deutschland ist. Ob allerdings allen bewusst ist, dass weniger Arbeit gesamtwirtschaftlich betrachtet weniger Wachstum und damit weniger zu verteilendes Einkommen bedeutet, darf bezweifelt werden.

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Christian Bußmann (cbusmann@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Maximilian Völpel (mvoelpel@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2024

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine aktuelle anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.